

Bildung
Wissenschaft
Forschung

Fachkonferenz Hochschulautonomie Linke Thüringen

(03.07.2015)





Akteure der Hochschulsteuerung nach Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft („Governance“)



Ausgangslage NRW

2007: Hochschulfreiheitsgesetz für 37 landesfinanzierte HS

- Herauslösung der Hochschulen aus der Landesverwaltung
- Beschäftigte nicht mehr im Landesdienst sondern Angestellte der Hochschule
- Hochschulen verstanden als autonome Unternehmen
- Rektorate als Management, keine Transparenz über Einkommen, Verantwortung als Arbeitgeber nicht wahrgenommen
- 4 Mrd. Euro Grundfinanzierung, rund 6 Mrd. Euro gesamt, zusätzlich 1 Mrd. Euro Drittmittel, darüber hinaus keine Landessteuerung – nur Rechtsaufsicht
- Wettbewerb verhindert Kooperation





HS als Teil des öffentlichen Bildungssystems

- Bildung als eine Kernaufgabe der Landespolitik
- HS sollen einen Beitrag zu einer nachhaltigen und friedlichen Welt leisten
- Studierende haben ein Recht auf ein qualifiziertes Studium
- Wissenschaftliche Leistungen sind das Ergebnis gemeinsamer Arbeit aller in Lehre, Forschung, Verwaltung und Technik Beschäftigten
- Stärkung der Mitbestimmung der Personalräte
- Legitimation weiterer Mittelerhöhungen



Verantwortung für die HS

- HS als regionale Akteure mit demokratischen Verfahren
- über 700.000 Studierende
- Bedeutung von Lehre, Forschung und Anwendung für die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft
- Gesellschaftlicher Auftrag darf nicht marktwirtschaftlichem Wettbewerb unterworfen sein
- Parlament und Regierung setzen den strukturellen Rahmen für demokratische und soziale HS



Sicherung von Transparenz, demokratischer Teilhabe, Chancengleichheit

- Senat und Fachbereichsräte tagen grundsätzlich öffentlich
- Bekanntmachung der Tagesordnungen und Beschlüsse des Hochschulrats
- Jährliche Veröffentlichung der Rektorengehälter
- Mehr Transparenz bei Forschungsvorhaben mit Dritten

- Mehr Entscheidungsbefugnisse für Senat (Kontrolle und Beratung), weniger Hochschulrat (externe Perspektive)
- Möglichkeit einer Mitgliederinitiative als direktes plebiszitäres Element
- Einrichtung von paritätisch aus Lehrenden und Studierenden besetzten Studienbeiräten

- Geschlechterparitätische Besetzung der Hochschulgremien
- 40 %-Frauenquote im Hochschulrat
- Gleichstellungsbeauftragte auch in den Fachbereichen
- Kaskadenmodell bei der Professor/-innen-Berufung



Gute Arbeit für die HS-Beschäftigten

- HS müssen den Interessen ihres Personals auf gute Beschäftigungsbedingungen Rechnung tragen, diese sind Voraussetzung für gute Lehre und gute Forschung
- Ministerium oberste Dienstbehörde der Beamt/innen
- Rahmenkodex zwischen Ministerium, HS-Leitungen und Personalräten
- Landesarbeitsgemeinschaft der Schwerbehindertenvertretungen anerkannt und ausgestattet
- Problem: auskömmliche Finanzierung



Verpflichtung der HS auf den Studienerfolg

- Stärkung von Teilzeit- und berufsbegleitendem Studium
- Einführung einer Vertretung für die Belange von Studierenden mit Behinderung oder chronischer Erkrankung
- Schaffung eines Beauftragten für Studentische Hilfskräfte
- Abschaffung der Anwesenheitspflicht



Steuerung über Landeshochschulentwicklungsplan und Rahmenvorgaben

- Landespolitische Ziele und Hochschulziele beim Leistungsangebot, Fächervielfalt, Zahl der Studienplätze, Studienqualität in Übereinstimmung bringen, Einvernehmen mit dem Landtag herstellen ohne in Detailsteuerung zu verfallen
- Kooperation stärken
- Mittelzuweisung soll Zielen folgen
- Einflussnahme des Ministeriums auf Personal-, Wirtschafts- und Haushaltsangelegenheiten

